

ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE



# Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der  
Friedrich-Ebert-Stiftung

58. Band · 2018

Verlag  
J. H. W. Dietz Nachf.

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von:

BEATRIX BOUVIER

KIRSTEN HEINSOHN

THOMAS KROLL

ANJA KRUIKE

PHILIPP KUFFERATH (Geschäftsführender Herausgeber)

FRIEDRICH LENGER

UTE PLANERT

DIETMAR SÜSS

MEIK WOYKE

Redaktionsanschrift:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Tel. 02 28/8 83 – 80 57, Fax 02 28/8 83 – 92 09

E-Mail: [afs@fes.de](mailto:afs@fes.de)

Herausgeberin und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von  
Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505

ISBN 978-3-8012-4250-3

© 2018 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig

Satz: PAPHYRUS – Lektorat + Textdesign, Buxtehude

Druck: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2018

# Inhalt

## BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA

»DEMOKRATIE PRAKTIZIEREN. ARENEN, PROZESSE UND UMBRÜCHE POLITISCHER PARTIZIPATION IN WESTEUROPA IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT«

<i>Anja Kruke/Philipp Kufferath</i> , Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa.....	3
<i>Niels Grüne</i> , Ländliche Gesellschaft und demokratische Partizipation. Politische Translokalisierung in deutschen Regionen vom späten Ancien Régime bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts .....	21
<i>Theo Jung</i> , Auftritt durch Austritt. Debattenboykotts als parlamentarische Praxis in Großbritannien und Frankreich (1797–1823) .....	37
<i>Anne Engelst Nørgaard</i> , A Battle for Democracy. The Concept of Democracy in the Constitutional Struggle, Denmark 1848–1849 .....	69
<i>Thomas Mergel</i> , Betrug, Gewalt, Stimmenkauf. Wahlkulturen in Europa im Übergang zum politischen Massenmarkt, 1860–1914.....	85
<i>Anne Heyer</i> , Die ersten Volksparteien? Ein vergleichender Blick auf das Demokratieverständnis früherer Parteiorganisationen im Deutschen Kaiserreich, in Großbritannien und in den Niederlanden (1860–1880).....	107
<i>Paul Lukas Hähnel</i> , Mehrebenen-Parlamentarismus im Deutschen Kaiserreich. Eine quantitative und qualitative Bestandsaufnahme parlamentarischer Doppelmandate .....	125
<i>James Retallack</i> , August Bebel. A Life for Social Justice and Democratic Reform	145
<i>Nathalie Le Bouëdec</i> , Das Gericht als Arena demokratischen Handelns? Ansätze zur Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung in Deutschland in der frühen Weimarer Republik und den ersten Nachkriegsjahren ab 1945 .....	163
<i>Harm Kaal</i> , The Voice of the People. Communicative Practices of Popular Political Engagement in the Netherlands, 1950s–1960s .....	183
<i>Claudia Christiane Gatzka</i> , Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980 .....	201
<i>Anna Catharina Hofmann</i> , Demokratie praktizieren in einer Diktatur? Politische Partizipation und ihre Grenzen im späten Franco-Regime (1966–1973) .....	225
<i>Liesbeth van de Grift</i> , Representing European Society. The Rise of New Representative Claims in 1970s European Politics .....	263
<i>Giulia Quaggio</i> , Social Movements and Participatory Democracy. Spanish Protests for Peace during the Last Decade of the Cold War (1981–1986) .....	279

## VI

### FORSCHUNGSBERICHTE UND SAMMELREZENSIONEN

<i>Maren Möhring</i> , Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung.....	305
<i>Martin Rempe</i> , Ambivalenzen allerorten. Neue Forschungen zur Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit .....	331
<i>Frank Wolff</i> , In der Teilung vereint. Neue Ansätze der deutsch-deutschen Zeitgeschichte .....	353
Summaries.....	393
Résumés .....	399
Die Autorinnen und Autoren des Bandes .....	407
Rahmenthema des nächsten Bandes des »Archiv für Sozialgeschichte« .....	412

Einzelrezensionen des »Archiv für Sozialgeschichte« finden sich unter  
<<http://www.fes.de/afs>>

Anne Heyer

## Die ersten Volksparteien?

Ein vergleichender Blick auf das Demokratieverständnis früher Parteiorganisationen im Deutschen Kaiserreich, in Großbritannien und in den Niederlanden (1860–1880)

Als im Jahr 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) in Eisenach gegründet wurde, waren diesem historischen Ereignis drei Tage andauernde Verhandlungen mit mehr als 200 Delegierten vorausgegangen. Auch der Name der neuen Organisation kam auf dem Kongress zur Sprache. Für die engagierten Teilnehmer war der Parteiname mit der Frage verbunden, welche Zielgruppe im Fokus ihres politischen Wirkens stehen sollte. War die neue Partei ausschließlich auf die stetig wachsende Arbeiterschaft gerichtet oder sollte sie sich vielmehr auf das Volk konzentrieren? Letztlich entschieden sich die Delegierten für den, in ihrer Interpretation, weit gefassten Begriff des Arbeiters, der auch eine deutliche Abgrenzung zu den bereits existierenden Volksparteien erlaubte.<sup>1</sup> Ein weiterer Vorteil war, dass die großflächige Industrialisierung Deutschlands noch in den Kinderschuhen steckte und der Begriff »Arbeiter« nicht allein den Lohnarbeiter, sondern eine sehr große Gruppe von potenziellen Parteihängern bezeichnete.<sup>2</sup> Auf dem Kongress diskutierten die Delegierten auch die Aufnahme des Begriffs »demokratisch« in den Parteinamen. Es wurde der Einwand vorgebracht, dass aus ideologischer Sicht »republikanisch« der passendere Begriff wäre. Aufgrund eines drohenden Verbots durch die Behörden entschied sich der Kongress aber für »demokratisch«. Diese Hinwendung zum Demokratiebegriff mag in der umfangreichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als logisch erscheinen.<sup>3</sup> In Anbetracht aktueller Diskussionen über zunehmenden Mitgliederschwund und sinkende Vertrauenswerte von Parteien bietet diese Entscheidung aber einen aufschlussreichen Einblick in die Entstehungsphase der demokratischen Legitimität dieser bedeutenden politischen Institutionen.<sup>4</sup> Es war in den 1860er- und 1870er-Jahren, dass sich die später so ein-

---

\* Dieser Artikel ist entstanden als Teil des Forschungsprojekts »The Transformation of Popular Politics in Europe's Long Nineteenth Century«, das durch den Europäischen Forschungsrat unter dem Forschungs- und Innovationsprogramm »Horizon 2020« der Europäischen Union gefördert wird.

- 1 Die bekannten Sozialdemokraten August Bebel und Wilhelm Liebknecht waren aktive Mitglieder der Sächsischen Volkspartei. Für die süddeutschen Ausläufer der Volkspartei vgl. zum Beispiel *Gerlinde Runge*, Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871, Stuttgart 1970.
- 2 Für den Handwerkermeister August Bebel war die Arbeiterklasse dann auch »nicht allein [...] die Lohnarbeiter im engsten Sinne [...], sondern auch die Handwerker und Kleinbauern, die geistigen Arbeiter, Schriftsteller, Volksschullehrer, niedern Beamten, die, alle unter den heutigen Verhältnissen leidend, eine wenig oder gar nicht bessere Stellung haben als die Lohnarbeiter«. *August Bebel*, Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die »Demokratische Correspondenz«, Berlin 1870, S. 10.
- 3 Vgl. zum Beispiel *Thomas Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000; *Jonathan Sperber*, Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849, Princeton 1991.
- 4 In der politikwissenschaftlichen Literatur ist der am häufigsten erwähnte Beitrag zu dieser Debatte *Richard S. Katz/Peter Mair*, Changing Models of Party Organization and Party Democracy, in: Party Politics 1, 1995, S. 5–28.

flussreichen Parteiorganisationen in vielen europäischen Staaten gründeten und anfangen zu institutionalisieren.

Eine genauere wissenschaftliche Ergründung dieses Prozesses wird auch durch die kulturhistorische Erneuerung des traditionellen Felds politischer Geschichte befördert, die eine neue Perspektive auf die Bedeutung politischer Parteien und ihr Selbstverständnis in ihrer frühen Phase ermöglicht.<sup>5</sup> Hierbei konzentriert sich die Forschung weniger auf die Entstehung politischer Theorien. Im Zentrum der Analyse stehen vielmehr politische Praktiken, die die Geschichte der Demokratie in einem nicht vorgefassten und langwierigen Prozess bestimmten.<sup>6</sup> Dabei ist es vor allem wichtig, nicht zu vergessen, dass es im Gegensatz zur breiten Akzeptanz des Demokratiebegriffs heute für die Akteure in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht selbstverständlich war, sich diesem umstrittenen Begriff anzunähern.<sup>7</sup> Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich zwar im unmittelbaren Austausch mit selbst ernannten Demokraten aus dem liberalen Lager entwickelt, aber spätestens auf dem Eisenacher Gründungsparteitag kam es zur demonstrativen Abwendung von dieser Tradition.<sup>8</sup> Die Wahl des Demokratiebegriffs war deswegen eine bedeutende Entscheidung, die in verblüffendem Ausmaß die politische Ausrichtung der Partei und ihrer Organisationsstruktur in den darauffolgenden Jahren bestimmte.

Besonders auffällig ist, wie häufig der Begriff innerhalb des frühen Parteidiskurses verwendet wurde, obwohl er nicht an spezifische Praktiken oder Normen gebunden war. Stattdessen ergaben sich ungenaue Bedeutungsmuster, die eine Anpassung an verschiedene Argumentationsstränge erlaubten. Wenn man versucht, den konzeptionellen Kern des Begriffs zu definieren, so meinten die Sozialdemokraten mit Demokratie die Herrschaft des Volkes.<sup>9</sup> Welche sozialen Gruppen aber genau unter diese Definition fielen und welche Prozesse ihre Teilnahme am politischen Leben ermöglichen konnten, blieb in den Tiefen rhetorischer Ungenauigkeit verborgen. Der Begriff der Arbeiterklasse war so breit gefasst, dass er sich nicht durch die direkte Arbeitsumgebung, sondern vor allem durch die Unterdrückungserfahrung im politischen und sozialen Sinn definierte.<sup>10</sup> In dieser Weise ist die frühe Sozialdemokratie mehr Volks- als Arbeiterpartei. Auch in Bezug auf die politischen Praktiken, die eine demokratische Willensbildung hätten charakterisieren können, gab es keine deutlichen Vorbilder. Vor allem kann man eine negative Eingrenzung beobachten, die alle unfairen und ›von oben‹ oktroyierten Prozesse als undemokratisch beschrieb. Die-

5 Vgl. zum Beispiel *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28, 2002, S. 574–606. Für eine politikwissenschaftliche Perspektive vgl. *Giovanni Capoccia/Daniel Ziblatt*, The Historical Turn in Democratization Studies: A New Research Agenda for Europe and beyond, in: *Comparative Political Studies* 43, 2010, S. 931–968.

6 *Maartje Janse/Henk te Velde* (Hrsg.), *Organizing Democracy. Reflections on the Rise of Political Organizations in the Nineteenth Century*, Basingstoke 2017.

7 Vgl. *Christian Meier/Hans Leo Reimann/Hans Maier* et al., Demokratie, in: *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1: A–D, Stuttgart 1972, S. 821–899; *Robert Saunders*, Democracy, in: *David Craig/James Thompson* (Hrsg.), *Languages of Politics in Nineteenth-Century Britain*, Basingstoke/New York 2013, S. 142–167; *Joanna Innes/Mark Philp*, *Re-Imaging Democracy in the Age of Revolutions. America, France, Britain, Ireland 1750–1850*, Oxford/New York etc. 2013; *Henk te Velde*, De domesticatie van democratie in Nederland. Democratie als strijdbegrip van de negentiende eeuw tot 1945, in: *BMGN – Low Countries Historical Review* 127, 2012, H. 2, S. 3–27.

8 *Ilse Fischer*, August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68. Brieftagebuch und Dokumente, Bonn 1994.

9 *Stefan Berger*, Democracy and Social Democracy, in: *EHQ* 32, 2002, S. 13–37, hier: S. 18f.

10 *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin/Bonn 1983.



ser Effekt wurde noch dadurch verstärkt, dass der Begriff der Demokratie eine gewisse temporale Distanz beinhaltete, die im Gegensatz zu der unmittelbar gelebten Erfahrungswelt im autoritären System stand und dadurch sowohl eine nostalgische als auch eine utopische Aufwertung erfuhr.

Diese semantische Vielseitigkeit war nicht nur für den Begriff kennzeichnend, sondern auch für das dazugehörige Kernkonzept der erweiterten politischen Beteiligung. Um die Bedeutung des Demokratiediskurses in der deutschen SDAP besser zu verstehen, werden hier die Erfahrungen früher Parteiorganisationen aus anderen nationalen Umständen hinzugezogen. Selbst wenn andere Parteigründer eher vorsichtiger mit dem umstrittenen Begriff der Demokratie umgingen und darauf verzichteten, sich selbst als demokratisch zu bezeichnen, konnten sie die Ausweitung des politischen Einflusses des Volkes zu ihrer wichtigsten Forderung erklären. Außerhalb des deutschsprachigen Raums ist der radikale Flügel der Liberalen im Vereinigten Königreich ein gutes Beispiel, weil er seine Anhänger ebenfalls mit dem Versprechen einer Erweiterung politischer Entscheidungsprozesse für bisher unprivilegierte Gruppen mobilisierte. Die »National Liberal Federation« (NLF) gilt im Allgemeinen als die erste Parteiorganisation in der britischen Geschichte und wurde 1877 von dem aufgrund seines provokativen Politikstils in liberalen und konservativen Kreisen umstrittenen Politiker Joseph Chamberlain gegründet.<sup>11</sup> Im Gegensatz zu der deutschen Sozialdemokratie vermied die liberale Parteiführung im Vereinigten Königreich aber den Begriff der Demokratie, sie orientierte sich in ihrer Ausrichtung und ihrem Vokabular am politischen Diskurs in England.<sup>12</sup> Dadurch ergab sich eine andere Begrifflichkeit, die sich auf das englische Wort »popular« konzentrierte und so auch das Volk und seine politische Repräsentation hervorhob. Auffallend ist auch hier die rhetorische Unschärfe, die eine genaue Definition des Volkes vermied und so eine breite Unterstützungsbasis für die neue politische Organisation ermöglichte.

Dies kann auch für eine weitere frühe Parteiorganisation festgestellt werden, die im Königreich der Niederlande gegründet wurde. Auch die Antirevolutionäre Partei (»Antirevolutionaire Partij«, ARP) des Pfarrers Abraham Kuyper hatte sich einer Ausweitung politischer Entscheidungsprozesse verschrieben, ohne genauer zu spezifizieren, welche Gruppen zu diesem einfachen Volk gehörten und wie sie am politischen Prozess teilhaben sollten. Es handelte sich hierbei aber nicht um eine sozialdemokratische oder liberale Organisation, sondern um eine protestantische Partei, die eine orthodoxe Auslegung der Bibel vertrat. Auch wenn dieses Beispiel früher Parteiorganisation im internationalen Vergleich weniger bekannt sein dürfte, ist ihre Bedeutung für den nationalen Demokratisierungsprozess ausgiebig in der niederländischen Historiografie besprochen worden.<sup>13</sup>

Durch die Einbeziehung von diesen drei unterschiedlichen Parteiorganisationen ergibt sich im Folgenden die Möglichkeit, eine breitere Analyse der Beziehung von Demokratie und frühen Parteiorganisationen zu entwickeln, die die traditionelle national orientierte Parteilgeschichte der deutschen SDAP, der britischen NLF und der niederländischen ARP erweitert. Natürlich handelt es sich hierbei nicht um eine repräsentative Studie im sozial-

11 Siehe hierzu zum Beispiel: *Peter T. Marsh*, *Joseph Chamberlain. Entrepreneur in Politics*, New Haven 1994. Der Historiker Francis Herrick beschrieb die NLF als »source of modern popular party organization«, *Francis Herrick*, *The Origins of the National Liberal Federation*, in: *The Journal of Modern History* 17, 1945, S. 116–129, hier: S. 116.

12 Dies hatte vor allem mit der Verwendung des Demokratiebegriffs im Kontext der als problematisch empfundenen kontinentaleuropäischen und amerikanischen Revolutionen zu tun. Weitere Erläuterungen folgen unten auf S. 117.

13 *Peter Bak/Georg Harinck/Roel Kuiper* (Hrsg.), *De Antirevolutionaire Partij 1829–1980*, Hilversum 2001. *Rienk Janssens*, *De opbouw van de Antirevolutionaire Partij 1850–1888*, Hilversum 2001.

wissenschaftlichen Sinn.<sup>14</sup> Aber zumindest kann durch die unterschiedlichen nationalen Kontexte und ideologischen Ausrichtungen gezeigt werden, wie sich der Begriff und das Konzept der Demokratie auf Parteigründer in verschiedenen politischen Traditionen auswirkten. Dabei sind vor allem die Perspektive der historischen Akteure und ihre Vorstellung von Politik wichtig. In den Diskussionen innerhalb früher Parteien zeigt sich nicht nur die Anziehungskraft demokratischer Ideen, sondern auch die ungenaue Seite ihrer Forderung nach politischer Beteiligung.

Der erste Teil der Analyse befasst sich mit den vielfältigen Interpretationen von Demokratie in den drei Fallstudien. Hierbei ist nicht nur die Position der Parteien innerhalb politischer Entscheidungsprozesse im Nationalstaat von Bedeutung, sondern auch wie ihre Kritik am bestehenden System auf die zu gründenden Parteiorganisationen angewendet wurde. Für die Gründergeneration war ihre Hinwendung zum politisch nicht privilegierten Volk eine wichtige Inspirations- und Legitimationsquelle für ihr politisches Handeln. Den ambitionierten Forderungen einer demokratischen Reform stand aber die politische Realität der 1860er- und 1870er-Jahre im Weg. Eine bessere Umgebung für die praktische Anwendung ihrer politischen Agenda ergab sich deswegen innerhalb der Organisationsstrukturen der drei Parteien. Im zweiten Teil erfolgt darum eine Analyse der praktischen Umsetzung des Demokratiediskurses innerhalb der deutschen SDAP, der britischen NLF und der niederländischen ARP. Trotz aller ideologischen Unterschiede ergeben sich einige auffallende Gemeinsamkeiten in der Vorstellungswelt ihrer Anführer, was eine neue Perspektive auf ihre Entstehungsphase bietet. Bereits die Gründergeneration fürchtete, dass ihre Organisationen von rhetorisch geschickten Agitatoren ausgenutzt werden könnten, um einfache Anhänger zu manipulieren. Ihre Hoffnung war, dass sich diese Gefahr durch die Ausgestaltung der repräsentativen Strukturen innerhalb ihrer Parteiorganisationen verhindern lassen könne.

## I. DAS DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS INNERHALB FRÜHER PARTEIORGANISATIONEN

### *Demokraten gegen die Diktatur: Die deutsche SDAP*

Das Konzept des einfachen Volkes spielte eine herausragende Rolle in den drei Parteiorganisationen dieser Studie. Auch wenn die nationalen und ideologischen Unterschiede nicht zu unterschätzen sind, setzte sich in den drei Organisationen jeweils das Verständnis durch, dass die Interessen des einfachen Volkes im erhöhten Maße in politische Entscheidungen einbezogen werden mussten. Die Metapher des einfachen Mannes funktionierte hierbei vor allem als Abgrenzung zu den traditionellen politischen Eliten. Dies konnte wie im Fall der deutschen Sozialdemokratie die Arbeiterklasse im breitesten Sinne sein oder auch die einfachen protestantischen Gläubigen, die der niederländische Parteiführer Abraham Kuyper als Brennpunkt seiner Rhetorik gebrauchte. Für den Briten Joseph Chamberlain bedeutete das Volk die Mehrheit der Nation, die durch das existierende Wahlrecht vom politischen Meinungsbildungsprozess ausgeschlossen war. In diesem Sinne bekräftigten die ritualhaften Erwähnungen des einfachen Volkes die Forderung nach einer grundlegenden Erneuerung der existierenden politischen Institutionen. Wie der Fall der deutschen Sozialdemokratie aber zeigen wird, war es in dieser frühen Phase nicht einfach, die entscheidenden institutionellen Mechanismen für solch eine Erneuerung zu definieren. So waren vor allem Wahlen ein viel diskutierter Bestandteil des politischen Prozesses, aber

<sup>14</sup> Thomas Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: AfS 35, 1995, S. 339–367.

ihre Funktion als Instrument einer erweiterten politischen Partizipation war nicht notwendigerweise akzeptiert.

Der bereits erwähnte legendäre Gründungskongress der deutschen SDAP in Eisenach muss vor der Kulisse der politischen Reformen in den zersplitterten deutschen Staaten gesehen werden. Mit der Einführung des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts im Norddeutschen Bund war eine der wichtigsten Forderungen von deutschen Demokraten und Sozialisten bereits 1867 erreicht.<sup>15</sup> Mit wenigen Ausnahmen und relativ unerwartet hatten alle Männer, die über 25 Jahre alt waren, das Recht erhalten, ihre Abgeordneten in den Reichstag zu wählen. Auch wenn der politische Einfluss des Reichstags in der Vor- und Frühphase des Deutschen Reichs stark beschränkt war, ergab sich für große Teile der Bevölkerung eine wertvolle und prägende Erfahrung politischer Partizipation.<sup>16</sup> Nur die politisch weitgehend bedeutungslosen Aktivisten der deutschen Sozialdemokratie profitierten zunächst wenig von diesen Zugeständnissen. Besonders während der ersten Legislaturperiode war die Zahl der Abgeordneten aus dem sozialdemokratischen Lager auffallend gering.<sup>17</sup> Auch sahen sich sozialdemokratische Anhänger der stetigen Repression von staatlichen Stellen ausgesetzt, was den Wirkungsgrad ihres politischen Handelns innerhalb und außerhalb des Reichstags begrenzte. Eine Folge dieser schwierigen Situation war die zwiespältige Beziehung der SDAP zum allgemeinen Wahlrecht. Zum einen zeichnete sich die Partei durch eine pragmatische Haltung aus, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Obwohl er radikale demokratische Prozesse bevorzugte, stand der in London ansässige Parteitheoretiker Karl Marx dem allgemeinen Wahlrecht positiv gegenüber, weil er sich die langfristige Machtübernahme der stetig wachsenden Arbeiterklasse erhoffte.<sup>18</sup> Auch hatten die bekannten Parteigründer Wilhelm Liebknecht und August Bebel bereits im Reichstag des Norddeutschen Bundes eine rege Abgeordnetentätigkeit entwickelt. Insbesondere der Altrevolutionär Liebknecht passte seine zunächst öffentlich zelebrierte Abneigung gegen die »Komödie« im Reichstag an.<sup>19</sup> In der Zeit der Parteigründung gab er seine Forderung nach der Verweigerung sozialdemokratischer Reichstagsmandate auf und wurde wie Bebel ein kundiger Teilhaber der Reichstagsroutine.<sup>20</sup>

Diese pragmatische Haltung im täglichen Umgang mit dem Reichstag stand im direkten Gegensatz zu der viel radikaleren programmatischen Ausrichtung der jungen Partei. Zwar wurde auf dem Gründungskongress das allgemeine Wahlrecht als der erste Punkt des Parteiprogramms festgelegt. Für die Delegierten bedeutet dies aber nicht nur das Wahlrecht auf der Ebene des Reichstags, sondern die

»Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Ge-

15 Unter anderem hatte Ferdinand Lassalle in seinem Offenen Antwortschreiben von 1863 das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu einer zentralen politischen Forderung erhoben.

16 Margaret L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000.

17 Im Königreich Sachsen, wo die Sozialdemokraten vergleichsweise stark vertreten waren, hatten bei der Reichstagswahl im August 1867 nur August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Emil Förster ein Reichstagsmandat errungen. Wolfgang Schröder, *Wahlkämpfe und Parteidwicklung. Zur Bedeutung der Reichstagswahlen für die Formierung der Sozialdemokratie zur politischen Massenpartei (Sachsen 1867–1881)*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung*, 1998, Nr. 20, S. 1–66, hier: S. 27f.

18 Berger, *Democracy and Social Democracy*.

19 Protokoll über den ersten Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870, in: *Protokolle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei*, Bd. 1: Eisenach 1869–Coburg 1874, Glashütten im Taunus 1971, hier: S. 13.

20 In seiner Autobiografie beschreibt Bebel die Haltung Liebknechts. Vgl. *August Bebel. Aus meinem Leben*, Bonn 1997, S. 297–299.

meindevertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.«<sup>21</sup>

Mit dieser Forderung nach der Erweiterung des Männerwahlrechts auf allen politischen Ebenen konnte die SDAP ihre scharfe Kritik an der existierenden Gesetzgebung, die ihre sozial schlechtgestellten Anhänger benachteiligte, aufrechterhalten. Auch die Forderung nach der Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre passte zu der vergleichsweise jungen Anhängerschaft der Partei. Der explizite Hinweis auf gleiche und geheime Wahlen zielte wahrscheinlich auf das oft willkürlich gehandhabte Wahlverfahren.<sup>22</sup> Die Programmforderung nach ausreichenden Diäten war besonders für die finanziell benachteiligten sozialdemokratischen Abgeordneten ein wichtiger Kritikpunkt an den herrschenden Verhältnissen. Entscheidender aber war, dass die SDAP neben diesen Verbesserungsvorschlägen auch Prozesse, die man heute auch noch als direktdemokratisch bezeichnet, forderte.<sup>23</sup> Bereits der zweite Punkt des Programms beinhaltete die »Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk«.<sup>24</sup>

Die ursprüngliche Fassung dieses Punktes hatte die direkte Gesetzgebung als »Referendum« spezifiziert. Diese Formulierung wurde aber von den Delegierten durch das Vorschlags- und Verwerfungsrecht ersetzt.<sup>25</sup> Der Schweizer Delegierte Herman Greulich sah sich sogar gezwungen, erneut die Bedeutung der direkten Gesetzgebung zu erläutern und als das Vorschlags- und Abstimmungsrecht zu definieren. Für ihn hatten Volksabstimmungen eine entscheidende demokratische Funktion, weil sie das Wirken der privilegierten Abgeordneten der repräsentativen Parlamente beschränkten und einfachen Arbeitern und Bauern legislative Verantwortung übertrugen. In der weiteren Debatte waren vor allem der deutsche Reichstag und seine »einige hundert Gesetzgebende« Ziele der Kritik.<sup>26</sup> In den Augen der Sozialdemokraten führte die Tatsache, dass eine kleine Zahl von Repräsentanten alle Entscheidungen für die große Mehrheit der Bevölkerung traf, zu der »schlechtesten Gesetzgebung«.<sup>27</sup> Für Moritz Rittinghausen war ein repräsentatives Parlament darum schlichtweg »undemokratisch«.<sup>28</sup> Für die SDAP bedeutete demokratisches Handeln nicht nur, dass das Volk die Legitimationsquelle politischer Macht war. Die Partei sah das Volk auch als direkten Initiator und Träger politischer Entscheidungen.<sup>29</sup>

Die Kritik an den herrschenden Umständen wurde begleitet durch die Frage, wie demokratische Praktiken innerhalb der Parteiorganisation auszusehen hatten. Wie in der Diskussion über die Positionierung der Partei zum Reichstag stellte sich auch hier eine gewisse Beliebigkeit im Gebrauch des Demokratiebegriffs ein. Eine Ursache dafür war die geringe Anzahl organisatorischer Vorbilder, die den hohen Ansprüchen der Delegierten für ihre Partei genügen konnten. Auch wenn die erfolgreichen internationalen Beispiele

21 Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, beschlossen auf dem Kongreß in Eisenach 1869, in: *Dieter Dowel/Kurt Klotzbach* (Hrsg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin/Bonn 1984 (zuerst 1973), S. 173–187, hier: S. 175.

22 Vgl. *Anderson*, *Practicing Democracy*; *Schröder*, *Wahlkämpfe und Parteientwicklung*.

23 Für die unterschiedliche historische Bedeutung der direkten und repräsentativen Demokratie vgl. *Bernard Manin*, *The Principles of Representative Government*, Cambridge/New York etc. 1997.

24 Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, S. 175.

25 Das Eisenacher Programm, beschlossen auf dem Parteitag des Allgemeinen Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8., und 9. August 1869. Bericht nach den Protokollen des Parteitages, Offenbach am Main 1947 (zuerst 1869), S. 58.

26 Ebd., S. 62.

27 Ebd., S. 61.

28 Ebd., S. 61.

29 Dieses direktdemokratische Verständnis entsprang den Volksversammlungen der frühen Sozialdemokratie. Vgl. *Welskopp*, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 291–338.

der britischen Antigetreibezollliga und der Chartistenbewegung zumindest dem englandaffinen Liebknecht als politische Organisationen bekannt gewesen sein dürften, taugten sie aufgrund ihrer limitierten thematischen Ausrichtung nur bedingt als Vorbilder für die politisch breit aufgestellte Partei.<sup>30</sup> Auf deutschem Gebiet war die Arbeiterverbrüderung von 1848 ein frühes Beispiel für formale nationale Kooperationsstrukturen mit ausgeprägteren Willensbildungsprozessen für einfache Mitglieder. Ihr schnelles Verschwinden und die daraus folgende Bedeutungslosigkeit in den nachfolgenden Dekaden machte die Organisation für den Kongress allerdings unbedeutend.<sup>31</sup> Wichtiger für die Delegierten waren die Erfahrungen des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) und seines politischen Rivalen, des Vereinstags Deutscher Arbeitervereine (VDAV), der im selben Jahr die politische Bühne betrat.<sup>32</sup> Vor allem zwischen den Mitgliedern dieser beiden Organisationen entwickelte sich auf dem Eisenacher Kongress ein aggressiver Streit über die konzeptionelle Bedeutung des Demokratiebegriffs und seine praktische Umsetzung.

Während der Vorversammlung zum Eisenacher Kongress machte die Organisation des ADAV sich durch eine lautstarke Delegation bemerkbar. Die Organisatoren des Kongresses setzten sich größtenteils aus dem Vereinstag Deutscher Arbeitervereine und ehemaligen ADAV-Mitgliedern zusammen, die die Vereinigung der unterschiedlichen Richtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie anstrebten. Diese Absicht muss zumindest teilweise als gescheitert angesehen werden, da die ADAV-Delegation nicht in die Versammlung eingegliedert werden konnte und den Veranstaltungsort verlassen musste. Bevor es aber so weit kommen konnte, führten die beiden Lager eine emotionale Debatte über die richtige Anwendung demokratischer Prinzipien für den Kongressablauf. Im Zentrum dieser Diskussionen stand die Frage, ob die Mandate der ADAV-Delegierten einzuziehen seien. Die Kongressveranstalter hatten die Prüfung der Mandate als Bedingung für den Zugang zum Kongress erklärt. Für die ADAV-Männer aber war die Abgabe ihrer Mandate ein Einfallstor für mögliche Manipulationen seitens der Veranstalter. Sie verlangten darum, dass vor dem offiziellen Kongressbeginn erst eine Mandatsprüfungskommission eingesetzt werden müsse.

Der Streit ist in der Historiografie vielfach besprochen und als Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen politischen Lagern mit persönlichen Feindschaften gedeutet worden.<sup>33</sup> Für die ADAV-Delegation spielte sicher eine Rolle, dass sie kein Interesse am erfolgreichen Abschluss des Kongresses hatte. Im Gegensatz dazu versuchten die Veranstalter, den Kongressablauf zu kontrollieren, um ihnen genehme Resultate zu erreichen. Eine Redaktionskommission um August Bebel und Wilhelm Liebknecht übernahm zum Beispiel die Protokollführung und konnte so unmittelbaren Einfluss auf die historische Darstellung ih-

30 Vgl. zur Bedeutung der Antigetreibezollliga *Jansel/te Velde*, *Organizing Democracy*. Zu Liebknechts Beschreibung der englischen Zustände vgl. *Wilhelm Liebknecht*, *Englische Skizze* (1850/51), in: *Utz Haltern* (Hrsg.), *Liebknecht und England. Zur Publizistik Wilhelm Liebknechts während seines Londoner Exils (1850–1862)*, Trier 1977, S. 66–81, hier: S. 75.

31 *Frolinde Balsler*, *Sozial-Demokratie. 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution*, 2 Bde., Stuttgart 1962.

32 *Toni Offermann*, *Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863–1871*, Bonn 2002. *Shlomo Na'aman*, *Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der Fünfte Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868*, Berlin 1976. *Fischer*, *August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68*.

33 *Georg Eckert*, *Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz*, in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt am Main 1974, S. 35–51.

rer Position ausüben.<sup>34</sup> Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangslagen nutzten beide Seiten den Demokratiebegriff, um ihre Position zu verteidigen und ihre Gegner zu diskreditieren. Bebel verteidigte seine Position als Kongressveranstalter, indem er sie als zu einer »demokratischen Versammlung« passend charakterisierte.<sup>35</sup> Im Gegensatz dazu erschien dem ADAV-Delegierten Gregor Zielowsky dieses Auftreten »als wenn man gerade recht diktatorisch verfährt«.<sup>36</sup> Der Streit eskalierte, als die ADAV-Delegierten die Diskussionen unterbrachen, um gemeinsam »Keine Diktatur« zu skandieren.<sup>37</sup> Später wurde der Präsident des ADAV Johann Baptist von Schweitzer dafür kritisiert, dass er eine interne Reform erzwungen hatte, indem er seinen Mitgliedern nur drei Tage Zeit gab, um eine Entscheidung zu treffen. Die Kritik an von Schweitzers Führungsstil wurde so ein entscheidender Bestandteil der Diskussion um die zukünftige Organisation der SDAP. Ähnlich der Diskussion um die Erweiterung des Wahlrechts war die Abgrenzung zum ADAV als negatives Beispiel von misslungener Volksbeteiligung identitätsstiftend. Insbesondere die machtvolle Position des ADAV-Präsidenten wurde wiederholt genannt und als vorgetäuschte Demokratie gebrandmarkt.<sup>38</sup> Dass im lokalen Kontext viele ADAV-Mitglieder durchaus Handlungsspielräume für eigenständiges politisches Handeln und eine umfangreiche politische Kommunikation und Bildung hatten, war für die Diskussion in Eisenach unerheblich.<sup>39</sup>

#### *Parteireform und Demokratisierung: Die britische »National Liberal Federation«*

Die Sorge vor der Manipulation einfacher Mitglieder durch diktatorische Führer war in der SDAP vor allem durch das negative Vorbild des ADAV unter von Schweitzer inspiriert. Dieser zeitgenössische Aspekt demokratischen Handelns war aber nicht nur an die spezifischen Umstände der deutschen Sozialdemokratie gebunden. Auch unter anderen ideologischen Bannern und nationalen Umständen war die Gefahr von machtvollen Einzelpersonen ein wichtiges Thema für frühe Parteigründer. In Großbritannien ist die NLF als die erste moderne Parteiorganisation bekannt geworden, die nicht nur Zeitgenossen, sondern auch spätere Historikerinnen und Historiker aufgrund ihrer umfassenden Organisationsstruktur beeindruckte.<sup>40</sup> Als diese neue Organisation in Birmingham 1877 gegründet wurde, wählte man den parlamentarischen Abgeordneten Joseph Chamberlain zu ihrem Anführer. Das selbst erklärte Ziel der neuen Parteiorganisation war die umfassende Erneuerung der parlamentarischen Fraktion der »Liberal Party«, was auch mit dem Erdrutschsieg der Konservativen 1874 begründet wurde. Die lange Reihe von liberalen Premierministern gab den Gründern der NLF die Vision eines möglichen Wahlsiegs und die daran gebundene politische Macht. Gleichzeitig war das britische Wahlrecht im Vergleich zum Deutschen Reich stark beschränkt. Auch nach der Wahlrechtsänderung des »Reform Acts« von

34 Die weiteren Mitglieder waren H. Roller, A. Otto Walster und Werner, vgl. Eisenacher Programm, S. 112.

35 Ebd., S. 31.

36 Ebd., S. 31.

37 Ebd., S. 32.

38 Vgl. zum Beispiel die Redebeiträge von Samuel Spier über »Diktatur« und Theodor Metzner über »diktatorische Gewalt« in ebd., S. 50 und 48.

39 Vgl. zum Beispiel *Karl Borromäus Murr/Stephan Resch* (Hrsg.), Lassalles »südliche Avantgarde«, Protokollbuch des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Gemeinde Augsburg (1864–1867), Bonn 2012.

40 Die erste umfassende Beschreibung der NLF findet sich in *Mosei Ostrogorski*, *Democracy and the Organization of Parties*, London 1902, URL: <<http://archive.org/details/democracyandtheo031734mbp>> [22.2.2018]. Eine weitere Studie ist *Patricia Auspos*, *Radicalism, Pressure Groups, and Party Politics: From the National Education League to the National Liberal Federation*, in: *Journal of British Studies* 20, 1980, S. 184–204.

1867 konnte nur ein Drittel der männlichen Bevölkerung wählen. Das war sicherlich einer der Gründe, warum die beiden großen Parteien trotz der beträchtlichen Machtstellung des Parlaments wenig Organisationsstruktur vorweisen konnten.<sup>41</sup> Der Hauptteil der außerparlamentarischen Organisation wurde für die Koordinierung von Wahlkampagnen genutzt. Innerhalb der »Liberal Party« stritten die aristokratischen Whigs und die Radikalen um die Vorherrschaft der Fraktion im Parlament.<sup>42</sup>

In diesen politischen Umständen war es die Aufgabe der NLF, die Radikalen, die am weitesten in ihren Forderungen für politische Reformen gingen, zu vereinen. So trafen sich 1877 in Birmingham die Delegierten verschiedener liberaler Vereine, um ihrer radikalen Agenda durch die Schaffung einer nationalen Organisation Nachdruck zu verschaffen. Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Delegierten in Eisenach vermied die Gründungsversammlung in Birmingham den Begriff der Demokratie. Für die britischen Delegierten hatte dies wahrscheinlich den fahlen Beigeschmack von kontinentaleuropäischer und amerikanischer Revolution.<sup>43</sup> Der Gegenbegriff der Tyrannei wurde in Birmingham nicht für den innenpolitischen Gegner verwendet und auf die Beschreibung politischer Umstände im Ausland beschränkt.<sup>44</sup> Interessanterweise spielte der Begriff des Volkes aber eine zentrale Rolle auf dem Gründungskongress. In seiner Rede forderte Chamberlain, dass die herrschenden Klassen dem Volk vertrauen und mehr Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zugestehen müssten. Das praktische Mittel, um diese Forderungen umzusetzen, war das allgemeine Männerwahlrecht. Das liberale Erbe der Delegierten erforderte, die Etablierung der »Wahlberechtigung für das Volk durch die Erweiterung der parlamentarischen Meinungsäußerung auf Hunderte und Tausende ihrer Mitbürger in diesem Land abzuschließen.«<sup>45</sup> Im Gegensatz zu der SDAP hatte Chamberlain hier keine politischen Prozesse, die heute als direkte Demokratie definiert würden, angedacht. Der zukünftige Parteipräsident sprach zwar undeutlich über »das Recht jedes Mannes auf Regierungsbeteiligung«, aber das repräsentative System an sich wurde nicht in Zweifel gezogen.<sup>46</sup>

Ähnlich wie in der deutschen SDAP verkündeten auch die britischen Liberalen, dass ihre Forderung nach der Ausbreitung politischer Partizipation in der Struktur ihrer neuen Partei umgesetzt werden würde. So sollte die NLF den Radikalen um Chamberlain helfen, ihren politischen Forderungen innerhalb der liberalen Fraktion im britischen Unterhaus Nachdruck zu verleihen. Die Erwartungen an die neue Organisation waren dement-

41 Für die frühe Periode britischer Parteien vgl. *Harold John Hanham*, *Elections and Party Management. Politics in the Time of Disraeli and Gladstone*, Hassocks 1978. Vgl. auch *Gary Cox*, *The Development of a Party-Orientated Electorate in England, 1832–1918*, in: *British Journal of Political Science* 16, 1986, S. 187–216. *Kathryn Rix*, *Professionalisation and Political Culture. Party Agents, 1880–1914*, in: *Journal of Liberal History*, 2014, H. 84, S. 18–25.

42 *Jonathan Parry*, *The Rise and Fall of Liberal Government in Victorian Britain*, New Haven 1993. *John Vincent*, *The Formation of the British Liberal Party, 1857–1868*, London 1966.

43 *James Owen*, *Labour and the Caucus. Working-Class Radicalism and Organised Liberalism in England, 1868–1888*, Liverpool 2014.

44 Tyrannei wird im Parteitagbericht nur in Bezug auf die Krise im Osmanischen Reich genannt, wo »the most abominable tyranny, that ever disgraced a nation« die bulgarische Rebellion brutal unterdrückt hatte. *Proceedings attending the Formation of the National Liberal Federation of Liberal Associations with Report of Conference held in Birmingham, 1877*, University of Bristol Library Special Collections, DM668, Manuscript papers relating to Francis Schnadhorst and the organisation of the Liberal Party, *Proceedings of the Council of the National Liberal Federation*, S. 22.

45 »to complete the enfranchisement of the people by extending the Parliamentary expression of opinion to hundreds and thousands of their fellow-citizens in this country«, ebd., S. 20f.

46 »right of every man to participate in government«, ebd., S. 17.

sprechend hoch. Wie der Vizepräsident des Liberalen Vereins in Birmingham William Harris erklärte: »[E]s war nicht so, dass der Liberalismus schwach war, aber er war unorganisiert und benötigte einige neue Maßnahmen, um seine Kräfte zu organisieren.«<sup>47</sup> Trotz aller ideologischen Unterschiede zeigte dieser Glaube an die Heilskraft der Organisation auffallende Ähnlichkeit mit den Erwartungen innerhalb der deutschen SDAP. So ist es dann auch wenig überraschend, dass die Umsetzung dieser politischen Forderungen innerhalb der Parteiorganisation einem ähnlichen Muster folgte. Im Zentrum der Diskussion in Birmingham standen die nicht privilegierten Mitglieder der »Arbeiterklassen«, denen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der Organisation versprochen wurde.<sup>48</sup> Wie bereits das Einladungsschreiben verkündete, war die gesamte Entscheidungs- und Handlungsstruktur der NLF auf ihre »populäre« Basis im Sinne des einfachen Volkes in den einzelnen Distrikten gerichtet.<sup>49</sup> Das Vorbild des Liberalen Vereins in Birmingham diente als praktisches Beispiel, dass »die Prinzipien, auf denen eine vollständige repräsentative Organisation geformt werden kann«, umgesetzt werden konnten.<sup>50</sup> Diese lokale Institution der Liberalen war als »600 aus Birmingham« bekannt geworden.<sup>51</sup> Chamberlain hatte als parlamentarischer Abgeordneter die Entwicklung dieser lokalen Organisationsstruktur aktiv vorangetrieben und für seine eigenen politischen Ambitionen genutzt. Die nationale Organisation der NLF sollte demselben Prinzip folgen: »[D]as gesamte Volk sollte in den Gremien der Partei berücksichtigt werden und einen Anteil an ihrer Kontrolle und Leitung haben.«<sup>52</sup>

#### *Interner Machtkampf: Die niederländische Antirevolutionäre Partei*

Bevor die Umsetzung dieser Prinzipien genauer besprochen werden kann, lohnt sich ein Blick in die Niederlande, wo die erste Parteiorganisation ebenfalls die Aufwertung des einfachen Mannes und seinen Einfluss auf politische Strukturen forderte. Der Fall der Antirevolutionären Partei ist besonders interessant, weil ihre Gründer eine religiös protestantische Agenda vorantrieben. Bereits im Parteinamen differenzierten sie sich von dem demokratischen Erbe der Französischen Revolution. Der bekannteste Parteiführer dieser Organisation war der Pastor Abraham Kuyper, der nach der Jahrhundertwende sogar Premierminister der Niederlande werden sollte.<sup>53</sup> Kuyper berief sich auf ein anti-modernes Weltbild, um sich gegen die sozialen und politischen Veränderungen des europäischen Kontinents abzugrenzen. Die revolutionären Erfahrungen anderer Staaten beurteilte er kritisch und forderte den Erhalt christlich-protestantischer Werte im Sinne der niederländischen reformierten Kirche. Die ideologische Ausrichtung der Partei basierte auf dem Parlamentarier Guillaume Groen van Prinsterer, der ein enger Verbündeter des jungen aufstrebenden Kuypers wurde. Nach dessen Tod 1876 nutzte Kuyper das politische Erbe von

47 »it was not Liberalism that was weak, but that it was disorganized, and required some new measure of organising its forces«, ebd., S. 21.

48 Vgl. »working classes«, ebd., S. 15.

49 Vgl. »popular basis«, ebd., S. 3.

50 »the principles upon which a thoroughly representative organization can be formed«, ebd., S. 5.

51 Die Zahl bezog sich auf die Anzahl der im Komitee vertretenen Repräsentanten der Bezirke der Stadt Birmingham. Die Bezeichnung lässt sich bereits im Titel einer zeitgenössischen Broschüre finden: *Henry W. Crosskey, The Liberal Association. The 600 of Birmingham*, London 1877. Für die Geschichte des Liberalen Vereins in Birmingham vgl. *Trygve R. Tholfsen, The Origins of the Birmingham Caucus*, in: *The Historical Journal* 2, 1959, S. 161–184.

52 »the people at large should be taken into the counsels of the party and that they should have a share in its control and management«, *Proceedings attending the Formation of the National Liberal Federation of Liberal Associations with Report of Conference held in Birmingham*, S. 14.

53 *Jeroen Koch, Abraham Kuyper. Een biografie*, Amsterdam 2006.



Groen, um eine formale Parteistruktur aufzubauen. Obwohl es bereits davor Versuche von konservativer Seite gegeben hatte, den lokalen Wahlkampf auf nationaler Ebene zu koordinieren, ist Kuypers ARP als erste moderne Parteiorganisation in die niederländische Geschichte eingegangen.<sup>54</sup>

Die ideologische Ausrichtung der ARP verhinderte auch in dieser Partei die übermäßige Verwendung des Begriffs der Demokratie. Kuypers hatte zwar bereits 1874 geschrieben, »wenn Europa eine Zukunft hat, dann erwartet es die von der Demokratie«. <sup>55</sup> Aber diese Aussage stilisierte Demokratie zu einem Zustand aus der weiteren Zukunft, ohne genau zu definieren, was genau hiermit gemeint ist. Obwohl der protestantische Pastor seine Anhänger als Christdemokraten bezeichnete, blieb der Demokratiebegriff politisch zu aufgeladen, um ihn umstandslos in den Partei Alltag zu integrieren. Diese begriffliche Vorsicht bedeutete aber nicht, dass die ARP sich dem Kernkonzept der Demokratie verweigerte. Vor allem das Thema der »kleinen Leute« war eine häufig angewendete rhetorische Figur, mit der Kuypers sich auf seine einfachen Unterstützer berief.<sup>56</sup> Der Fokus seiner Agitation war die Beeinflussung des Parlaments, das in den 1870er-Jahren von weniger als einem Drittel der männlichen Bevölkerung gewählt wurde.<sup>57</sup> Deswegen wurde auch bereits im frühen Programm die Herabsetzung der Wahlrechtsbeschränkungen gefordert. Kuypers hoffte durch die politische Ermächtigung des »Volkes hinter den Wählern«, seiner Partei politischen Einfluss zu gewähren.<sup>58</sup> Hinter dieser rhetorischen Hinwendung zum einfachen Volk standen auch parteiinterne Erwägungen. Nach einer kurzen Periode parlamentarischen Arbeitens in den frühen 1870er-Jahren hatte sich Kuypers der außerparlamentarischen Agitation zugewendet. Die überwiegend aristokratischen antirevolutionären Abgeordneten im Parlament ignorierten seine lautstarken Forderungen nach politischer Reform in dem wichtigen Thema der Schulfrage, das als Kernstück antirevolutionärer Politik galt. Die liberale Regierung hatte 1878 die staatliche Regulierung von Schulen ausgeweitet, aber ihre finanzielle Unterstützung auf öffentliche Schulen begrenzt. Die Folge war ein erhöhter Finanzierungsdruck auf protestantische Eltern, die eine besonders religiöse Erziehung ihrer Kinder außerhalb von staatlichen Schulen anstrebten.<sup>59</sup> Die Betonung dieser unprivilegierten und benachteiligten Anhänger gab Kuypers die Möglichkeit, eine neue

54 Der Allgemeine Wahlverein von 1868 ist von Ron de Jong als erste Parteiorganisation beschrieben worden. *Ron de Jong*, *De Algemeene Kiesvereniging, 1868–1875*. De eerste politieke partij van Nederland, in: *Gerrit Voerman/Anthonie Lucardie* (Hrsg.), *Jaarboek Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen 1999*, Groningen 2000, S. 240–250.

55 »zoo Europa een toekomst heeft, dan wacht het die van de Democratie«, zit. in: *te Velde*, *De Domesticatie van Democratie in Nederland*, S. 14.

56 Kuypers benutzte den Ausspruch »de luyden van kleine en middelbare middelen« bereits in der ersten Ausgabe in der von ihm herausgegebenen Zeitung »De Standaard«, vgl. *De Standaard*, 1.4.1872, S. 1, URL: <<http://resolver.kb.nl/resolve?urn=ddd:011065219>> [27.2.2018]. Vgl. *Arko van Helden*, *De »kleine luyden« van Abraham Kuypers – een vorm van populistische retoriek?*, in: *Negentiende Eeuw* 35, 2011, S. 139–153. *Henk te Velde*, *Stijlen van leiderschap. Persoon en politiek van Thorbecke tot Den Uyl*, Amsterdam 2002, S. 54–103.

57 Nach der Verfassungsreform im Jahr 1848 waren 10,8% der männlichen Bevölkerung nach dem neuen Zensuswahlrecht stimmberechtigt. *Ron de Jong/Henk van der Kolk/Gerrit Voerman*, *Verkiezingen op de kaart 1848–2010*. Tweede kamerverkiezingen vanuit geografische perspectief, Utrecht 2011, S. 12.

58 Wie sich später zeigte, war diese Lösung mehr politische Rhetorik als wahlpolitische Realität. *Ron de Jong*, *Het Antirevolutionaire volk achter de kiezers. De mythe van een Leuze. De electorale aanhang van de ARP rond 1885 en in 1918*, in: *BMGN– Low Countries Historical Review* 123, 2008, S. 185–196.

59 *Ido de Haan*, *Van staatszorg tot vrijheidsrecht. De Schoolstrijd in de Nederlandse politiek en samenleving*, in: *Nelleke Bakker/Rudolf Dekker/Angelique Janssens* (Hrsg.), *Tot burgerschap en deugd. Volksoopvoeding in de negentiende eeuw*, Hilversum 2006, S. 81–103.

Machtbasis zu schaffen, die Legitimation und Einfluss auf die Auswahl von Kandidaten im lokalen Kontext ermöglichte.

Auf dem Gründungskongress der ARP in Utrecht 1879 wurden diese Erwägungen natürlich nicht offen geäußert. Aber die Teilnehmerliste der Delegierten macht deutlich, dass es sich eher nicht um die Gruppe der oft aristokratischen Parlamentarier handelte, sondern vor allem um die lokalen Repräsentanten der Wahlvereine. Die Anwesenheit der Redakteure verschiedener protestantischer Zeitungen, die Kuyper bereits früher unterstützt hatten, stärkte die Position des Pastors weiter. Aus dieser Perspektive war der Gründer der ARP von den hier besprochenen drei Fällen früher Parteiorganisationen am wenigsten an der genauen Umsetzung seiner demokratischen Prinzipien interessiert. Seine politische Innovation lag vor allem in der rhetorischen Hinwendung zu den sozialen Gruppen, die durch das restriktive niederländische Wahlgesetz vom politischen Prozess ausgeschlossen waren. Die Führung sollte »ihre moralische Basis im, ihre Autorität vom Volk haben«. <sup>60</sup> Mit der deutschen SDAP und der britischen NLF hingegen teilte Kuyper die populistische Rhetorik, die forderte, dass seine sozial unprivilegierten Anhänger in nationalen Parlamenten besser zu repräsentieren seien. Innerhalb der Parteiorganisationen bedeutete dies, dass die Interessen der einfachen Mitglieder in den internen Entscheidungsprozessen eingebunden werden sollten. Wie der nächste Teil zeigen wird, erfolgte die genaue Umsetzung entsprechend den jeweiligen organisatorischen Traditionen der drei Parteien, wies aber auch ein gemeinsames Grundverständnis von der Bedeutung demokratischer Praktiken auf.

## II. ANWENDUNG DES DEMOKRATIEBEGRIFFS INNERHALB DER ORGANISATION FRÜHER PARTEIEN

### *Repräsentative Strukturen als demokratische Praktiken*

Aufgrund der nationalen und ideologischen Unterschiede ist es wenig überraschend, dass die drei Gründungskongresse unterschiedliche Wege bei der Einbindung einfacher Mitglieder in die internen Entscheidungsstrukturen wählten. Aber aus dem Vergleich ergeben sich auch einige Gemeinsamkeiten, die im Folgenden herausgearbeitet werden. Zum einen waren es repräsentative Strukturen, die die neuen Parteiorganisationen von Anfang an dominierten. Auf dem Gründungskongress installierten alle drei Parteien die Delegiertenversammlung der lokalen Vereine. <sup>61</sup> Der SDAP-Parteikongress, der NLF-Rat (*Council*) und die ARP-Deputiertenversammlung (*Deputaten-vergadering*) hatten die Hoheitsgewalt über das Programm, den Kurs und die Führung der Partei. Diese repräsentativen Versammlungen hatten den Vorteil, dass sie die geografisch weit verteilten Mitglieder vereinigten. Direktdemokratische Verfahren hätten hingegen ein beträchtliches Ausmaß an finanziellen Mitteln und Zeit erfordert, was den Anführern der jungen Organisationen schlichtweg nicht als realistisch erschien. Selbst wenn eine Versammlung aller Mitglieder als Massenveranstaltung theoretisch zu handhaben gewesen wäre, erwies sich eine politische Diskussion selbst für die geduldigen Anhänger der SDAP als zu aufwendig.

<sup>60</sup> »zijne moreelen basis in, zijn autoriteit van het volk hebben«, Kuyper, Vergadering van het voorlopig Centraal Comité voor Antirevolutionaire kiesverenigingen, 3.4.1879, Historische Documentatiecentrum voor het Nederlands Protestantisme (HDC), Politieke Organisaties C52, Doos 6, S. 2.

<sup>61</sup> Der Begriff »Verein« ist hier vor allem als politischer oder Wahlverein mit ideologischer Ausprägung zu verstehen. Für den deutschen Fall wurde von Arbeitervereinen und Arbeiterbildungsvereinen, für den britischen von Liberal Associations und für den niederländischen von Kiesverenigingen gesprochen.

Die niederländische ARP und die britische NLF verzichteten darum von Anfang an auf direkte Entscheidungsprozesse. Auf dem Gründungskongress in Birmingham schlug der Delegierte J. Wood zwar vor, dass die lokalen Vereine über die Gründung der neuen Föderation abstimmen sollten. Diese Initiative wurde aber aufgrund ihrer schwierigen und langwierigen Umsetzung abgelehnt. Selbst die Delegierten der deutschen SDAP, die in ihrem Programm noch lautstark Referenda für die nationale Gesetzgebung gefordert hatten, machten den Parteikongress zur zentralen Institution ihrer jungen Organisation. In Eisenach hatten die Delegierten zunächst das Instrument des Referendums erwogen, um einfache Mitglieder in grundlegende Programmänderungen direkt einzubinden. Eine Kommission um den Delegierten Moritz Rittinghausen hatte eine Vorlage erstellt, die die direkte Wahl der Parteiführung durch die Parteimitglieder aus praktischen Gründen ablehnte. Dies bedeutete, dass zumindest »minder wichtige Beschlüsse« nicht durch die einfachen Mitglieder beschlossen werden konnten.<sup>62</sup> Nur für grundlegende Entscheidungen des Parteikongresses sollte eine zusätzliche Urabstimmung der Mitglieder durchgeführt werden. Das für die staatlichen Institutionen geforderte Vorschlagsrecht wurde ebenfalls als unpraktisch für die nationale Parteiorganisation abgetan. Rittinghausen argumentierte auch hier aus praktischer Sicht, als er sich auf den großen »Unterschied zwischen einer Partei und einem Staate« bezog.<sup>63</sup> Die SDAP müsse eine Übernahme ihrer lokalen Vereine durch Masseneintritte gegnerischer Aktivisten fürchten, während im Staat die Anzahl der Bürger über einen langen Zeitraum stabil blieb. Nur wenn das Vorschlagsrecht bei den Delegierten des national organisierten Parteitags zugrunde gelegt werde, könne die junge Partei vom überzogenen Einfluss einzelner Personen auf lokaler Ebene geschützt werden. Urabstimmungen blieben so innerhalb der SDAP auf Statutenänderungen, wichtige programmatische Anpassungen und eine Veränderung des Mitgliederbeitrags beschränkt.

Für die religiös orientierte niederländische Antirevolutionäre Partei war die Deputiertenversammlung in erster Linie ein Instrument, um ihre Wahlkampagne auf nationaler Ebene zu koordinieren. Deswegen war dieses repräsentative Organ dem zweijährigen Rhythmus parlamentarischer Wahlen für die Zweite Kammer der Generalstaaten angepasst. Die beschränkte Macht der repräsentativen Versammlung der ARP zeigte sich bereits in der Ausgestaltung der Parteistatuten. Auf den ersten Seiten der Satzung wurden die Aufgaben und die Zusammensetzung der Parteiführung in Gestalt des Zentralen Komitees (*Centraal Comité*) von 13 Mitgliedern beschrieben. Die Deputiertenversammlung bestimmte zwar die Mitglieder des Zentralen Komitees, aber ihre Delegierten hatten der Vorauswahl des Zentralen Komitees zu folgen. Die Delegierten konnten nur zwischen jeweils zwei Kandidaten für das Zentrale Komitee wählen. Der Vorsitzende (*Praeses*) und die zwei Beisitzer (*Assessoren*) des Zentralen Komitees wurden durch die Deputiertenversammlung gewählt. Selbst in Bezug auf die Auswahl der Posten innerhalb der Parteiführung war der Einfluss der Delegierten beschränkt, weil Sekretär (*Secretaris*) und Schatzmeister (*Thesaurier/Penningmeester*) von den Mitgliedern des Zentralen Komitees selbstständig aus ihrer Mitte gewählt wurden. Die große Entscheidungsgewalt des Zentralen Komitees zeigt sich auch darin, dass es das letzte Wort auf der Deputiertenversammlung hatte. So konnte die Parteiführung direkten Einfluss auf die Zusammenstellung seiner Mitglieder ausüben.

In der britischen »National Liberal Federation« traf sich der repräsentative Rat der Delegierten einmal im Jahr. Diese Versammlung wählte die Parteiführung und entschied über »andere allgemeine Angelegenheiten« der Partei.<sup>64</sup> Im Gegensatz zu den umständlichen Wahlverfahren innerhalb der niederländischen ARP handelte es sich hierbei um die Mehr-

62 Vgl. Eisenacher Programm, S. 75.

63 Ebd., S. 75.

64 Vgl. »other general business«, Proceedings attending the Formation of the National Liberal Federation of Liberal Associations with Report of Conference held in Birmingham, S. 4.

heitsentscheidung der Delegiertenversammlung. Die Delegierten nutzten ihr Wahlrecht und sorgten für eine regelmäßige Erneuerung der Parteiführung. Diese setzte sich aus dem Präsidenten, einigen Vizepräsidenten, dem Schatzmeister (*Treasurer*) und dem Ehrensekretär (*Honorary Secretary*) zusammen. Zusätzlich wurde ein Allgemeines Komitee (*General Committee*) gegründet, dem die gewählte Parteiführung angehörte und das um bis zu 25 Vertreter, die keine lokalen Vereine repräsentierten, ergänzt werden konnte. Nach dem Gründungskongress fungierten vor allem 15 auf dem Kongress ausgewählte Vizepräsidenten der NLF als Stimmen lokaler Interessen. Die Aufgabe des Allgemeinen Komitees war es, die politische Mission umzusetzen, den jährlichen Rat zu organisieren und den lokalen Vereinen politische Fragen für das gemeinsame Handeln vorzulegen. Für das tägliche Geschäft der NLF gab es auch ein Exekutivkomitee, das nicht in den allgemeinen Statuten erwähnt wurde, aber unter dem Vorsitzenden William Harris und der Parteiführung agierte und die Arbeit der Parteiführung begleitete.

### *Die Sorge vor der Manipulation einfacher Mitglieder*

Die genaue Zusammensetzung der repräsentativen Versammlungen löste einige Diskussionen auf den Gründungskongressen aus und lässt Schlüsse über das allgemeine Demokratieverständnis der drei Parteien zu. Während in der niederländischen ARP die Anzahl der Mitglieder des lokalen Vereins die Zahl der Delegierten bestimmte, berief sich die britische NLF auf die Größe der lokalen Bevölkerung. Dieser Unterschied hatte seinen Ursprung in der Organisationsstruktur der zwei Organisationen und ihrem jeweiligen Verständnis von Demokratie. In der NLF hätte die Fokussierung auf die Anzahl lokaler Mitglieder einen Vorteil für die Liberalen aus Birmingham bedeutet. Diesen Anschein wollten die Kongressveranstalter, die tatsächlich überwiegend dem Liberalen Verein in Birmingham angehörten, verhindern. Außerdem lag dem NLF-Verständnis von Demokratie eine viel weniger rigide Definition von Parteimitgliedschaft zugrunde. In einem liberalen Verein konnten alle Bürger Mitglied werden, die sich zur »Einhaltung seiner Ziele und seiner Ausrichtung« bekannnten.<sup>65</sup> In Birmingham war der Verein in Stadtbezirke eingeteilt, die jeweils in einer öffentlichen Versammlung ein Komitee wählten, das ihre Interessen wiederum in einem stadtweiten Allgemeinen Komitee vertrat. Da es keine Mitgliedsbeiträge gab, hatte die NLF wahrscheinlich keine genaue Vorstellung von der Anzahl ihrer Mitglieder, die anscheinend ohne offizielle Registrierung an der öffentlichen Versammlung teilnehmen konnten. Diese konzeptionellen und praktischen Erwägungen führten dazu, dass die Delegiertenanzahl des jährlichen NLF-Rats auf der Bevölkerungsgröße der Gemeinde der jeweiligen Delegation beruhte. Eine Stadt oder ein Distrikt mit weniger als 50.000 Bewohnern konnte fünf Delegierte schicken, bis 100.000 Bewohner ergaben sich zehn Delegierte und alle Orte darüber konnten auf 20 Delegierte vertrauen.<sup>66</sup>

In der niederländischen Antirevolutionären Partei war die vergleichsweise kleine Anzahl der Angehörigen des Wahlvereins entscheidend für die Parteiführung. Diese oft sozial bessergestellten Männer organisierten die Wahlkampagne, ohne an weniger privilegierte antirevolutionäre Unterstützer formal gebunden zu sein.<sup>67</sup> Da die Anzahl der Mitglieder in den Wahlvereinen relativ einfach ermittelt werden konnte, erschien sie als ein guter Indikator für die repräsentative Deputiertenversammlung. Nach einiger Diskussion entschied sich der Gründungskongress, für jeweils 50 Mitglieder einen Delegierten zur Deputierten-

65 »adherence to its objects und organization«, ebd., S. 5.

66 Auch für die Parteiführung der NLF, bekannt als das Allgemeine Komitee, hatte die Bevölkerungszahl Einfluss auf die Anzahl der Delegierten. Für Vereine mit unter 50.000 Einwohnern konnten zwei Delegierte entsandt werden, ab 50.000 konnten drei Delegierte teilnehmen und ab 100.000 gab es sogar fünf Delegierte. Vgl. ebd., S. 3.

67 *Janssens*, *De opbouw van de Antirevolutionaire Partij 1850–1888*.

versammlung zuzulassen. So waren kleine ARP-Wahlvereine von weniger als 51 Mitgliedern in der Versammlung bereits mit einem Delegierten vertreten.<sup>68</sup>

In der deutschen SDAP war die Vergabe von Stimmrechten für die Delegierten auf dem Parteikongress ebenfalls ein wichtiges Thema. Im Gegensatz zu den Antirevolutionären und Liberalen entschied man sich aber in Eisenach für die einfache Stimmvergabe an jeden lokalen Verein. Der Delegierte Ed. Mühlwasser kritisierte diesen Vorschlag, der gegen das »heiligste Prinzip einer echten Volkspartei, gegen das Prinzip der Urwahl« verstoße.<sup>69</sup> Außerdem würden kleine Vereine unrechtmäßig mit großen Vereinen gleichgesetzt. Sein Vorschlag war stattdessen, dass jeder Delegierte von 500 Mitgliedern unterstützt werden müsse.<sup>70</sup> Die Delegierten lehnten diese Idee, die eine verhältnismäßig hohe Mindestanzahl von Mitgliedern für die Teilnahme am Kongress erfordert hätte, ab. Stattdessen entschied der Gründungskongress, dass die Anzahl der Delegierten komplett unabhängig von der lokalen Mitgliederanzahl und Bevölkerungsgröße zu bestimmen sei. Besonders in Anbetracht der Kritik der Partei an den als willkürlich empfundenen repräsentativen Institutionen war die Festlegung von allgemein fünf Delegierten pro Ort überraschend.<sup>71</sup> Auch für die selbst ernannten Demokraten in der SDAP war die genaue Regulierung der Delegiertenanzahl auf dem Parteikongress weniger wichtig als die umfassende Kontrolle ihrer Führung.

Mit der ARP und der NLF teilte der SDAP-Gründungskongress in Eisenach die Sorge, dass mächtige Einzelpersonen die Organisation für ihre privaten Zwecke missbrauchen würden. Zusätzlich zu der Fokussierung auf repräsentative Struktur prägte diese zweite Gemeinsamkeit die Diskussionen auf den Gründungskongressen in Eisenach, Birmingham und Utrecht. Die Antwort der SDAP war ein umfangreiches Regelwerk, das die Kompetenzen der Führung regelte und weitreichende Kontrollmechanismen formalisierte.<sup>72</sup> In Eisenach waren die genauen Prozesse zur Bestimmung der Führung ein delikates Thema, das sich in seiner Umsetzung an dem vielfach kritisierten ADAV unter von Schweitzer messen lassen musste. Der Vorschlag der Kongressveranstalter war, dass die Delegierten den lokalen Verein, der die Parteiführung stellen sollte, wählten. Dieser Ort wurde in den Parteistatuten als Vorort bezeichnet. Die genaue Zusammensetzung des fünfköpfigen Ausschusses sollte von den ansässigen Mitgliedern im Vorort bestimmt werden, die aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, Stellvertreter, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer wählten. Obwohl es Gegenvorschläge gab, die genaue Bestimmung der Führungsposten durch die Urwahl der Mitglieder oder auf dem Parteikongress bestimmen zu lassen, wurde letztlich die Variante mit dem Vorort angenommen. Dieser doppelte Wahlvorgang sorgte für die regelmäßige Erneuerung der SDAP-Führung. Die Machtergreifung eines rhetorisch und organisatorisch geschickten Genossen wurde so als weniger wahrscheinlich angesehen. Dieselben Motive bestimmten auch die Entscheidung der Delegierten, die Trennung von Parteiführung und Zeitung durch unterschiedliches Personal zu garantieren. Weiterhin wurde eine elfköpfige unabhängige Kontrollkommission eingerichtet, die die Bücher der Parteiführung vierteljährlich zu kontrollieren hatte. Im Fall eines Konflikts zwischen Ausschuss und Kontrollkommission behielten sich die Delegierten des Parteitags das Recht auf das letzte Wort vor.

68 Statuten van het Centraal Comité van Antirevolutionaire Kiesverenigingen, 3.4.1879, HDC, Politieke Organisaties C366, Doos 1, S. 5.

69 Eisenacher Programm, S. 76.

70 Ebd., S. 77.

71 Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, S. 176.

72 Vgl. Anne Heyer, Manipulation or Participation? Membership Inclusion in the Party Organizations of the German Social Democratic Workers' Party and the British National Liberal Federation, in: *Janse/te Velde*, Organizing Democracy, S. 185–210.

Aus heutiger Sicht und im Vergleich mit den umfangreichen Regeln der SDAP mögen die Entscheidungsprozesse in der ARP und der NLF auf den ersten Blick als wenig demokratisch erscheinen. Diese frühen Parteiorganisationen waren aber einflussreiche Modelle für spätere demokratische Massenparteien und waren frühe Versuche, eine Parteiorganisation für die Repräsentation bisher politisch marginalisierter Gruppen aufzubauen. Der Aufbau einer nationalen Organisation, die sich nicht nur an die privilegierten Wähler, sondern auch an diejenigen ohne Wahlrecht richtete, machte ARP und NLF zu wichtigen Akteuren in ihrem nationalen Demokratisierungsprozess. Auch diese zwei Parteiorganisationen waren inspiriert von der Sorge über die Manipulation einfacher Mitglieder durch mächtige Anführer. Die Antwort, die die Gründungskongresse auf dieses Szenario entwarfen, unterschied sich auch deshalb von der starken Regulierung der SDAP, weil sie sich am politischen Verständnis der antirevolutionären und liberalen Gründergeneration orientierte. Anstatt die Parteiführung stark zu regulieren, legten NLF und ARP den Schwerpunkt auf die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder.

In den Statuten der ARP wird den lokalen Wahlvereinen ihre Autonomie formal garantiert: »Weder das Zentrale Komitee noch die Deputiertenversammlung verfügen gegenüber den Wahlvereinen über andere Befugnisse als rein beratende oder vertragliche.«<sup>73</sup> In Anbetracht der einflussreichen Position von Abraham Kuypers innerhalb der Partei war dies ein wichtiges Zugeständnis, das auch die Delegierten auf dem Gründungskongress überzeugte. Auch wenn in der Praxis das Zentrale Komitee durchaus versuchte, Einfluss auszuüben, hatten die Wahlvereine zumindest formal in der wichtigen Frage der Kandidatenauswahl das letzte Wort. Um seine eigene Position zu festigen, hatte Kuypers sein Parteiprogramm als politischen Grundsatz der Organisation durchgesetzt. Diese beinahe 500 Seiten fungierten als Instrument innerorganisatorischer Disziplinierung der lokalen Wahlvereine. Obwohl die einzelnen ARP-Gruppen den weitgehend unabhängigen protestantischen Gemeinden ähnelten, waren sie den politischen Grundsätzen der ARP stark verpflichtet. Jeder Wahlverein, der in den Vorteil der organisatorischen, finanziellen und publizistischen Unterstützung der ARP kommen wollte, musste sich Kuypers Programm verpflichten. Auch die Kandidaten der lokalen Vereine mussten sich öffentlich zu dem Dokument bekennen und dadurch die politische Haltung Kuypers formal unterstützen.<sup>74</sup>

Innerhalb der britischen NLF war eine solche deutliche Formalisierung der politischen Agenda nicht möglich. Das Prinzip der Unabhängigkeit lokaler Vereine wurde durch die Abwesenheit eines politischen Programms institutionell garantiert. Entsprechend der politischen Ideenlehre des Liberalismus konnte die Birmingham-Gruppe um Joseph Chamberlain nur ein paar allgemeine Punkte gemeinsamer Agitation anschnitten. Diese waren aber ausdrücklich nicht für die lokalen Vereine verpflichtend. Auf dem Gründungskongress kam es sogar zu einem kurzen Aufruhr, als ein Delegierter seine Befürchtung äußerte, dass die deutlich formulierte Zusage Chamberlains zum allgemeinen Wahlrecht als programmatische Ausrichtung aufzufassen sei. Letztlich entschied die Versammlung aber, dass eine Programmdiskussion unnötig, wenn nicht gefährlich für die politisch zerstrittenen Liberalen war. Die Delegierten, die sich an der Diskussion beteiligten, hoben deswegen auch die Unabhängigkeit der lokalen Organisationen als entscheidenden Aspekt für ihre Zustimmung zu der neuartigen Organisation hervor. Der Vorsitzende des Liberalen Vereins von Portsmouth J. P. Baker war froh, »dass sie nicht verpflichtet waren, ein spe-

73 »Het Centraal Comité, noch ook de Deputatenvergadering, bezit ten opzichte der Kiesverenigingen eenige andere dan louter raadgevende of contractueele bevoegdheid.«, Statuten van het Centraal Comité van Antirevolutionaire Kiesverenigingen, 3.4.1879, HDC, Politieke Organisaties C366, Doos 1, S. 5.

74 *Janssens*, De opbouw van de Antirevolutionaire Partij 1850–1888.

zielles Programm zu akzeptieren«.<sup>75</sup> Auch R. S. Watson aus Newcastle upon Tyne gestand seine Erleichterung über die Unabhängigkeit lokaler Vereine: »Er war froh, dass nicht erzwungen wurde, in die lokalen Angelegenheiten der Vereine einzugreifen.«<sup>76</sup> Diese Aussagen auf dem Gründungskongress in Birmingham fanden die Zustimmung der Delegierten. In guter liberaler Tradition wurde die Unabhängigkeit des Individuums als Verteidigungsmechanismus gegen machthungrige Demagogen installiert. Eine Strategie, die, wie oben besprochen, in gleicher, wenn auch geringerer Weise in der niederländischen ARP Eingang fand, obwohl der protestantische Parteigründer Abraham Kuyper in Bezug auf den Demokratiebegriff weniger zurückhaltend war. Die deutsche SDAP hingegen hatte sich für eine andere Vorgehensweise entschieden, um ihre demokratischen Ideale durchzusetzen, und ihre Führer unter strenge Kontrollmechanismen gestellt, um ihre Mitglieder vor einer manipulativen Führung zu schützen.

### III. DEMOKRATIE ALS IDEAL UND PROBLEMFELD

In den 1860er- und 1870er-Jahren tagten die Gründungskongresse der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der britischen »National Liberal Federation« und der niederländischen Antirevolutionären Partei. Die Delegierten der drei Versammlungen gehörten unterschiedlichen politischen Richtungen an und agierten unter verschiedenen nationalen Bedingungen. Trotz dieser Unterschiede teilten die Delegierten die Überzeugung, dass das einfache Volk größeren Einfluss auf nationale Gesetzgebungsverfahren haben sollte. Für staatliche Institutionen forderten sie die Erweiterung des allgemeinen Wahlrechts auf eine größere Anzahl (männlicher) Wähler und manchmal auch für zusätzliche politische Ebenen. Diese in ihrem Kern demokratische Agenda wurde auch auf die Ausgestaltung der Parteiorganisation übertragen. Der bekannte Fall der frühen Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie hat hier einen Einstieg in die zeitgenössische Verwendung des Begriffs »Demokratie« für staatliche als auch parteiinterne Entscheidungsprozesse ermöglicht. Die Erfahrung der selbst ernannten Demokraten der SDAP wurde durch die Analyse der niederländischen ARP und der britischen NLF in einen breiteren Zusammenhang gestellt. Diese zwei Parteiorganisationen waren zurückhaltender im Gebrauch des Demokratiebegriffs. Die britische NLF vermied den mit amerikanischen Zuständen assoziierten Demokratiebegriff vollkommen. Innerhalb der ARP wurde der Begriff der Christdemokraten für die Anhänger der Partei verwendet, aber weniger in internen Entscheidungsprozessen umgesetzt.

Trotz dieser begrifflichen Beschränkungen sah sich auch die Gründungsgeneration der drei Parteien der Umsetzung eines Basisprinzips demokratischen Handelns verpflichtet. Die deutsche SDAP mag mit ihrem direktdemokratischen Ansatz als europäische Ausnahme erscheinen, aber alle drei Parteien griffen zum Mittel der regelmäßig tagenden repräsentativen Delegiertenversammlungen. Für das Tagesgeschäft waren zwar die exekutiven Organe der Parteiführung verantwortlich, aber die grundlegenden Entscheidungen blieben dem Parteitag, dem Rat oder der Deputiertenversammlung überlassen. Im Sinne der demokratischen Forderungen der Gründergeneration sollte die Delegiertenversammlung den Einfluss einfacher Mitglieder auf die Parteiführung gewährleisten. Dabei gab es durchaus Unterschiede im Umfang der Mitgliederbeteiligung. Die deutsche SDAP setzte die

---

75 »that they were not under the obligation of accepting a particular programme«, Proceedings attending the Formation of the National Liberal Federation of Liberal Associations with Report of Conference held in Birmingham, S. 25.

76 »He was glad that it was not contemplated to interfere with associations in local matters«, ebd., S. 29.

Möglichkeit von Urabstimmungen für fundamentale Entscheidungen durch, während die britische NLF sich auf Delegierte, die indirekt durch das Mittel lokaler Volksversammlungen legitimiert waren, berief. Die Gründer der niederländischen ARP beließen es bei einer hauptsächlich rhetorischen Einbeziehung ihrer einfachen Anhänger. Die lokalen antirevolutionären Wahlvereine waren zumindest in der frühen Phase der Partei sozial herausragenden Persönlichkeiten vorbehalten.

Parteien gelten in der Nachkriegsordnung Europas als Stützpfiler aller westlichen Demokratien. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich aber eine besorgte Debatte über die demokratische Funktion und Legitimität von Parteien entwickelt, die nicht nur Sozial- und Geisteswissenschaftler beschäftigt, sondern auch die Massenmedien erreicht hat. In dieser Debatte wird wiederholt die demokratische Funktion von Parteien für staatliche Institutionen, aber auch innerhalb der Parteiorganisation erörtert. Die hier beschriebenen frühen Parteiorganisationen waren maßgebliche Vorbilder für die Entwicklung des Parteiensystems in ihrem nationalen Kontext. Ihre Hinwendung zu demokratischen Werten hat gleichzeitig zu ihrer individuellen historischen Bedeutung als auch zum allgemeinen Verständnis der demokratischen Funktion von Parteien beigetragen. In diesem Zusammenhang ist nicht zu unterschätzen, dass bereits in diesen frühen Parteiorganisationen ein ständiges Spannungsfeld zwischen praktischer Umsetzbarkeit und Demokratiebegriff und Konzept herrschte.<sup>77</sup>

Die Gründer der deutschen SDAP, der britischen NLF und der niederländischen ARP beschäftigten sich eingehend mit der Frage, wie die Beziehung zwischen Parteiführung und einfachen Anhängern zu gestalten war. Obwohl es fundamentale Unterschiede in ihrer politischen Ausrichtung und den nationalen Umständen gab, verband die Gründergeneration die Angst vor Machtmissbrauch durch einflussreiche Demagogen. Auch wenn diese Sorge teilweise durch die Erfahrungen in anderen Organisationen geprägt war, kommt man nicht umhin, in ihr auch ein allgemeines Misstrauen gegen die Entscheidungsfähigkeit einfacher Anhänger zu konstatieren. In dieser Weise konnten sich diese frühen selbst erklärten Repräsentanten des Volkes nicht von den zeitgenössischen Kritiken an demokratischen Ideen und Praktiken lösen. Wenn man es provozierend sagen will, war das Ideal der Volksherrschaft für frühe Parteigründer nicht nur erstrebenswerte Utopie, sondern auch angsteinflößende Dystopie. Trotz dieses Spannungsfelds ist der Umstand, dass wir heute den Demokratiebegriff weitgehend positiv bewerten, auch diesen frühen Parteigründern zu verdanken. Ihr lautstarkes Bekenntnis zur Volksvertretung legitimierte ihr politisches Handeln und setzte rhetorische und organisatorische Standards für Generationen von nachfolgenden Parteiführern. Diese Feststellung sollte aber nicht davon ablenken, dass bereits die Anführer der ersten Parteiorganisationen die Umsetzung demokratischer Praktiken als konstante Herausforderung erfuhren und vielfältige Verfahren zu ihrer Lösung entwickeln mussten. Diese frühe Erfahrung zeigt, dass weder die Betonung der demokratischen Legitimität von politischen Parteien noch die dazugehörige Kritik ein neues Phänomen sind und zumindest im 19. Jahrhundert fester Bestandteil des Demokratisierungsprozesses waren.

---

77 Vgl. *Pierre Rosanvallon*, *Towards a Philosophical History of the Political*, in: *Dario Castiglione/Iain Hampsher-Monk* (Hrsg.), *The History of Political Thought in National Context*, Cambridge 2001, S. 189–203.